

## Anfragen zum Plenum in der 12. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, hat die angespannte finanzielle Situation der Kommunen u. a. durch den Ausfall von Gewerbesteuererinnahmen im Zuge der Coronapandemie dazu geführt, dass Kommunen aufgrund der vorgeschriebenen Kofinanzierung bei den Förderprogrammen für den Breitband-/Gigabit-Ausbau bzw. den Mobilfunkausbau einen Förderantrag nicht stellen konnten, wenn ja, um wie viele Kommunen handelt es sich dabei und welche Möglichkeiten der zusätzlichen Unterstützung der Kommunen sieht die Staatsregierung, um den dringend notwendigen Ausbau digitaler Infrastruktur nicht weiter zu verzögern?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Nachdem meine Anfrage zum Plenum vom 15. März 2021, Drs. 18/14726, nur unzureichend beantwortet wurde, frage ich die Staatsregierung nun daran anknüpfend, kann sie geschäftliche, finanzielle oder persönliche Beziehungen von Mitgliedern der Staatsregierung, der nachgeordneten Verwaltung oder der Regierungsfraktionen mit Unternehmen und Einrichtungen (wie zum Beispiel Ethris) oder auch konkreten Projekten, die im Rahmen der Bayerischen Corona-Therapiestrategie gefördert werden, ausschließen, falls nein, wie gestalten sich diese Beziehungen, und bejahenden- oder verneinendenfalls, in welcher konkreten Form plant die Staatsregierung im Rahmen ihrer angedachten Transparenzoffensive, alle zur Einschätzung und objektiven Nachvollziehbarkeit notwendigen Informationen zum geeigneten Zeitpunkt öffentlich zu machen (zum Beispiel in Form eines Lobbyregisters o. ä.)?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Zeitung DIE WELT recherchierte, dass der „Glücksfall für Bayern“, früh an zusätzliche Mund-Nasen-Bedeckungen heranzukommen, offensichtlich mehr Facetten hat, als bisher gedacht, wie z. B. „Der Freistaat beauftragte ausgerechnet einen Autozulieferer, der zwar Innenstoffe, aber noch nie ein solches Produkt hergestellt hatte. Andere Firmen wiederum, die seit Jahren im Medizinsektor tätig sind, kamen in jener Zeit nicht zum Zug, ...ein Familienunternehmen mit rund 270 Mitarbeitern – deren Fabrik nur 25 Kilometer von Aiwangers Bauernhof entfernt liegt..., ...Preis:...sechs Euro pro

Maske. Drei Tage später stand Aiwanger stolz in der Produktionshalle von Zettl und sagte in eine Kamera, es handele sich um einen „Glückstag für Bayern“. Denn dank ihm, dem Minister, bekämen die Bayern nun Masken „preiswert und in bester Qualität aus eigener Hand“<sup>1</sup> und vor dem Hintergrund der Tatsachen, dass „eine interne Bestellliste der bayerischen Regierung“ existiert „es durchaus bayerische Händler und Hersteller aus dem Medizinsektor gegeben hatte, die im März 2020 Masken angeboten hatten, und zwar deutlich preiswerter“ frage ich die Staatsregierung, welche Kontakte haben die dem Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger unterstehenden Behörden in der ersten Jahreshälfte 2020 festgestellt, die das Ziel haben, der Staatsregierung Mund-Nasen-Schutz anzubieten (bitte nach Möglichkeit dem Eingangsdatum nach sortiert aufschlüsseln und hierbei Kerndaten des Angebots, mindestens aber in Aussicht gestellte Stückzahlen und in Aussicht gestellte Preise für alle noch im Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie schriftlich vorhandenen oder aus der Erinnerung der beteiligten Beamtinnen und Beamten nachvollziehbaren Angebote für das Produkt Mund-Nasen-Schutz abgeben), wie viele Anbieter umfasst die eingangs zitierte von der Zeitung DIE WELT vom 21.03.2021 erwähnte „interne Bestellliste der bayerischen Regierung“ (bitte unter Angabe der anbietenden Firma, die Anzahl und die verlangten Preise eines jeden dieser Angebote und dem in Aussicht gestellten Lieferdatum chronologisch aufschlüsseln), wie viele Rechnungen aus Verträgen der Staatsregierung mit Dritten über Mund-Nasen-Schutz, seien es also „Beraterverträge“, oder Lieferverträge etc. liegen der Staatsregierung bereits vor, bzw. erwartet die Staatsregierung auf Basis der mit ihr geschlossenen oder vermittelten Verträge noch (bitte hierbei unter Angabe des Haushaltspostens den Zahlungsstand einer jeder dieser Rechnungen chronologisch aufschlüsseln und den der – bereits getätigten, oder noch zu leistenden – Zahlung gegenüberstehenden Warenposten in Stückzahlen und zugesagtem bzw. praktiziertem Lieferdatum offenlegen)?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund von Berichten über die Teilnahme von Sportlern der Kampfsportakademie Ikarus im bayerischen Königsbrunn an rechtsextremen Kampfsportveranstaltungen, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie über die Teilnahme eines Teams der Kampfsportakademie Ikarus am rechtsextremen „Tiwaz-Kampf der freien Männer“ Turnier im Jahr 2018 in Grünhain/Erzgebirge (Sachsen) hat, ob auch der Inhaber und Leiter der Kampfsportakademie [REDACTED] Kontakte in die rechtsextreme Szene hat und wie die Staatsregierung vor diesem Hintergrund die Kooperation der Kampfsportakademie Ikarus mit Schulen in der Region beurteilt?

---

<sup>1</sup> <https://www.welt.de/politik/deutsch-land/plus228810069/Coronakrise-Soeders-Minister-und-der-teure-Masken-Deal.html>

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Nachdem immer mehr fragwürdige Details aus verschiedenen Maskenkäufen der Staatsregierung bekannt werden und bisher trotz anderslautender politischer Aussagen von vollständiger Aufklärung und Transparenz keine Rede sein kann, frage ich die Staatsregierung, welches jeweilige Gesamtvolumen in Euro (brutto und netto) sowie gelieferter Gesamtmenge die Maskenkäufe bei der Firma EMIX (Zustandekommen über Frau Hohlmeier, Herrn Mayer und Frau [REDACTED]) und den Firmen Aesculap Kontor bzw. Lomotex GmbH & Co. KG (Zustandekommen über Herrn Georg Nüßlein und Herrn Alfred Sauter) im Jahr 2020 hatten, ob die über die o. g. Firmen EMIX und Aesculap/Lomotex/Lo. gekauften Masken zum jeweiligen Zeitpunkt der Bestellung sowie zum Zeitpunkt der Lieferung zertifiziert (bitte mit Angabe der Art der Zertifizierung und der Art der Überprüfung), auf ihre Schutzwirkung geprüft (unter Angabe von Art und Datum der Prüfung) und auch in der Europäischen Union verkehrsfähig waren und welche Mitglieder der Staatsregierung am Zustandekommen der Verhandlungen, Käufe und/oder Vertragsabschlüsse in allen genannten Fällen in irgendeiner Form beteiligt oder darüber informiert waren?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fahrzeuge wurden im Jahr 2020 neu angeschafft bzw. geleast, wie viele reine Elektrofahrzeuge wurden im Jahr 2020 neu angeschafft bzw. geleast und wie viele Hybridfahrzeuge wurden im Jahr 2020 neu angeschafft bzw. geleast?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem die Bayerische Impfkommision ihre Arbeit seit dem 1. März 2021 aufgenommen hat, frage ich die Staatsregierung, wie viele Anträge sind bei der Bayerischen Impfkommision bislang eingegangen, wie ist der Status dieser Anträge aktuell (bewilligt, abgelehnt, in Bearbeitung) und wie lange dauert die Bearbeitung eines Antrags im Durchschnitt?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem nur noch bis zum 31. März 2021 die zweite Antragsrunde für mobile Luftreinigungsgeräte in Schulen (Förderung von Investitionskosten für technische Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen) läuft, aber bislang nur 800 der 2 500 Schulaufwandsträger Anträge gestellt haben und insofern noch Fördermittel vorhanden sind, wird die Antragsfrist verlängert, welche Luftreiniger werden konkret empfohlen und wie viele Fördermittel sind nach Genehmigung aller Anträge noch vorhanden?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum wird bei der Versorgung der bayerischen Flüchtlingsunterkünfte mit Internetzugang nicht eine schnellere Bereitstellung durch einen Projektantrag im Rahmen der Corona-Hilfsmaßnahmen ermöglicht (z. B. durch die Förderung der Initiative Refugees Online e. V.) und stattdessen nur ein Vergabeverfahren eingeleitet, wie möchte sie bis zum Abschluss des Vergabeverfahrens für eine bayernweite Abdeckung des Internetzugangs in den Flüchtlingsunterkünften sorgen und werden die Kommunen trotz des Vergabeverfahrens bei den Bemühungen Internetzugang bereitzustellen von der Staatsregierung mit Know-how unterstützt (bitte genau erläutern) oder verlässt sie sich bis zum Abschluss des Vergabeverfahrens weiterhin auf die unentgeltliche Beratung von Initiativen wie Refugees Online e. V. auch auf die Gefahr hin, dass diesen bis dahin die finanziellen Mittel versagen und sie die Beratung aufgeben müssen (bei ja, bitte genau erläutern)?

**Albert Duin**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Aufträge zur Beschaffung von Atemschutzmasken hat die Bayerische Staatsregierung zwischen 2020 bis heute ohne Ausschreibung an externe Unternehmen vergeben (bitte Firmensitz angeben) und wie viele Masken wurden zu welchem Preis jeweils bestellt?

**Katrin Ebner-Steiner**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ordnungswidrigkeitsverfahren wurden bis 14. März 2021 im Landkreis Deggendorf auf Grundlage der Infektionsschutzmaßnahmenverordnungen eingeleitet, wie viele Bußgeldbescheide wurden im Landkreis Deggendorf erlassen und wie hoch ist die Gesamtsumme der Bußgelder im Landkreis Deggendorf?

**Matthias Fischbach**  
(FDP)

Nachdem gemäß Punkt 3.4 der derzeit geltenden Korruptionsbekämpfungsrichtlinie (KorruR) jedes Ressort mindestens eine Organisationseinheit mit der Aufgabe der Innenrevision für besonders korruptionsgefährdete Bereiche betrauen soll, die auch entsprechende Prüfungen durchzuführen hat, frage ich die Staatsregierung, in welchem Umfang in jedem Ressort der Staatsregierung solche Einheiten bestehen (Antwort bitte beschränkt auf die Ebene der Staatsregierung sowie auf die sieben Bezirksregierungen unter Wiedergabe des Einrichtungsjahres der Innenrevisionen, der jeweiligen aktuellen Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit deren Stundenkontingent und falls möglich auch mit Darstellung im Zeitverlauf in Soll/Ist-Zahlen), inwiefern die Ressorts die Kritik des ORH aus dem Jahr 2012 bezüglich der nicht ausreichenden Prüfverfahren zum Anlass für diesbezügliche Änderungen genommen haben (bitte dabei auf die in Randnummer 11.4.2. vorgebrachte Kritik im ORH-Jahresbericht 2012 bezüglich Zahl der Prüfungen und Prüfsystematik eingehen und je Ressort die Zahl der Kontrollen von Anfang März 2020 bis Ende Februar 2021 angeben) und in welcher Form die gem. Punkt 7.1.5 der KorruR an jeder Dienststelle zu führenden Listen durch die Innenrevisionen gepflegt und geprüft werden (bitte das Vorliegen aktu-

eller und vollständiger Listen für die oben dargestellten Organisationseinheiten jeweils einzeln bestätigen und ggfs. eine Begründung angeben, dass diese Listen im Rahmen meiner Anfrage zum Plenum vom 16. März 2021, Drs. 18/14726 gefehlt haben)?

**Christian Flisek**  
(SPD)

Nachdem im August 2019 in der Verordnung über die bayerischen Studentenwerke (StudWV) in § 2 Aufgabe und Zweck die „gesundheitliche Betreuung“ als Aufgabe der Studentenwerke gestrichen wurde, damit die gesundheitliche Beratung der Studierenden nicht mehr zu den Aufgaben der Studentenwerke gehört und falls dennoch Beratungen in diesem Bereich angeboten werden, dies Konsequenzen für die Einstufung der Therapeutinnen und Therapeuten hat, frage ich die Staatsregierung, welche Angebote im Rahmen der Beratungsangebote der Studentenwerke sind seit der Streichung der Aufgabe der gesundheitlichen Betreuung in der Verordnung bei den einzelnen Studentenwerken in Bayern weggefallen, inwieweit kommen die Studentenwerke gerade in der Coronapandemie den Bedürfnissen nach psychosozialer Beratung mit Angeboten nach (bitte unter konkreter Angabe der Angebote) und inwieweit wird seit der Änderung der Verordnung die tarifkonforme Bezahlung der psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten an den einzelnen Studentenwerken nicht mehr umgesetzt?

**Anne Franke**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Kriterien werden in Bayern für Beschuldigte oder Angeklagte Pflichtverteidiger beigeordnet bzw. gibt es seitens des Staatsministeriums der Justiz Anweisungen oder sonstige Vorgaben, wonach Pflichtverteidiger beigeordnet werden?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezüglich der Umsetzung des Volksbegehren „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern“ frage ich die Staatsregierung, ob die Vorgabe, auf 10 Prozent der Grünlandflächen der Landesfläche Bayerns die erste Mahd nicht vor dem 15. Juni durchzuführen, erreicht wurde (bitte Prozentzahl für die einzelnen Regierungsbezirke angeben), welche Auswirkungen die späte Mahd auf die Bestandssituation des Feldhasen, insbesondere auf die Überlebenschancen der Jungtiere, hat und inwieweit ihr Erkenntnisse über die tatsächliche Umsetzung im Jahr 2020 der im Naturschutzgesetz vorgeschriebenen Mahd von innen nach außen (Art. 3 Abs . 4 Nr. 5 Bayerisches Naturschutzgesetz) vorliegen?

**Martin Hagen**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Beziehungen bestehen zwischen Mitgliedern der Staatsregierung und Mitgliedern der Geschäftsführung der Firma Sandler seit 2019, an welche Firmen hat das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie im Jahr 2020 Aufträge für Vliesstoffe zur Herstellung von Schutzmasken erteilt und zu welchem Preis wurden Vliesstoffe beschafft?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, aufgrund der Berichterstattung der Mainpost vom 17. März 2021 („Unterfranken ist bei Filmdrehs Schlusslicht“), wonach nach der offiziellen Statistik der Drehtage des Film- und Fernsehfonds Bayern (FFF Bayern) im Jahr 2019 von 4 000 Drehtagen für Film- und Fernsehproduktionen in Bayern 3 500 Drehtage in München und im südlichen Oberbayern stattfanden und auf die Regierungsbezirke Mittel-, Ober- und Unterfranken nur 120 Drehtage (3 Prozent) sowie auf den Regierungsbezirk Unterfranken acht Drehtage (0,2 Prozent) entfielen, sowie aufgrund der im gleichen Artikel enthaltenen Berichterstattung, dass allein 21 Serienproduktionen des Bayerischen Rundfunks in München und Oberbayern spielen, aber nur eine Serie in Franken und vor dem Hintergrund des von der Staatsregierung bereit 2014 ausgegebenen politischen Ziels, alle Regionen Bayerns besser für Dreharbeiten zu erschließen, frage ich die Staatsregierung, wie sie diese massive Schieflage bei der regionalen Verteilung der Drehtage und bei der Zahl der in Franken spielenden Fernsehserien im Verhältnis zu München und Oberbayern bewertet, warum nach den früheren Ankündigungen, alle bayerischen Regionen zu erschließen, keine Verbesserungen erfolgt sind und was die Staatsregierung jetzt konkret unternimmt, um diese Schieflage zu beenden und für ein grundlegenden Anstieg der Drehtage in Franken und insbesondere in Unterfranken sowie für eine angemessene regionale Verteilung der Drehtage in Bayern zu erreichen?

**Ludwig Hartmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum die Generalstaatsanwaltschaft München, laut Antworten auf die Anfragen zum Plenum, Drs. 18/14726, meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen Eva Lettenbauer und Toni Schuberl (Antworten jeweils vom 18.03.2021), drei Anläufe unternehmen musste, mit denen sie das Staatsministerium für Justiz um Weiterleitung von Schreiben an den Präsidenten des Deutschen Bundestags ersuchte, welche Maßnahmen das Staatsministerium für Justiz zwischen dem Datum des ersten Schreibens vom 4. Februar 2021 und des dritten Schreibens vom 17. Februar 2021 diesbezüglich unternommen hat und wie es sein kann, dass der Staatsminister der Justiz Georg Eisenreich bereits am 8. Februar 2021 über die erfolgte Einleitung des Ermittlungsverfahrens informiert war, die Staatskanzlei aber erst aus entsprechenden Pressemeldungen vom 25. und 26. Februar 2021 davon erfahren haben will?

**Christina Haubrich**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele niedergelassene Ärztinnen und Ärzte werden in Bayern ab April in die Impfkampagne eingebunden (bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirken), warum sollten Ärztinnen bzw. Ärzte nur mit AstraZeneca impfen (wenn auch durch die tägliche Belieferung von Apotheken alle anderen Impfstoffe verimpft werden könnten), wie viele Corona-Impfungen werden in diesen Arztpraxen und in Impfbüros wöchentlich im April und Mai durchgeführt (bitte auch jeweilige Hersteller angeben)?

**Dr. Wolfgang Heubisch**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit die Universitäten und Hochschulen (insbesondere bei Prüfungen in Präsenz) mit FFP2-Masken versorgt wurden, wie diese Masken bezogen wurden (d. h., ob die Hochschulen für die Beschaffung selbstständig zuständig waren oder ob die Staatsregierung hier geholfen hat, z. B. auch durch finanzielle Mittel) und ob im Beschaffungsprozess alle rechtlichen Anforderungen (z. B. Ausschreibungsbedingungen etc.) beachtet wurden?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie lautet das Schreiben der Landeshauptstadt München (LHM) an die Regierung von Oberbayern, das im „Naturschutzfachlichen Gutachten zur Prüfung artenschutzrechtlicher Vorschriften des § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG (Artenschutzbeitrag)“ als Vorlage für die Untere Naturschutzbehörde für die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (SaP) des Bio-Büros Schreiber vom 26. Januar 2020 zur „Änderung des Flächennutzungsplans mit integrierter Landschaftsplanung für den Bereich V/59 und Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2108 a Raheinstraße (südlich und westlich), Ratoldstraße (westlich), Lerchenstraße (nördlich) sowie Bahnlinie München-Regensburg (östlich)“ unter Punkt 8.1. und unter Punkt 8.2. als „Schreiben der LHM an die ROB (Entwurf 13. Juni 2019)“ (ROB = Regierung von Oberbayern) bezeichnet wird, im Wortlaut, wie lauten die Antwort der ROB auf dieses Schreiben und weiterer Schriftverkehr zwischen der LHM und der ROB im Wortlaut und soll aus Sicht der Staatsregierung solcher und vergleichbarer Schriftverkehr zwischen Behörden/Kommunen, der für die Beurteilung des o. g. und vieler anderer Verfahren jeweils essenziell ist, grundsätzlich im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden?

**Alexandra Hiersemann**  
(SPD)

Angesichts einer im Zusammenhang mit dem Verkauf des Studierendenwohnheims im Eigentum des Internationalen Bunds (IB) (Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V., Frankfurt/Main) in der Wichernstraße 18, Erlangen, beabsichtigten Modernisierung, bei der sich die nun investierende und künftige Eigentümerin Projektgesellschaft mbH&Co.KG, Oberstdorf, bemüht, die im Grundbuch zugunsten des Studentenwerks Erlangen-Nürnberg A. d. ö. R., Erlangen, eingetragene beschränkt persönliche Dienstbarkeit (geförderter Wohnraum) zur Löschung zu bringen, frage ich die Staatsregierung als Aufsichtsbehörde bzgl. der Entscheidung, inwiefern diese Dienstbarkeit vor Ablauf der Laufzeit aufgegeben werden darf, ob die nach Art 88 ff. Bayerisches Hochschulgesetz festgelegten Grundsätze auch künftig für das Studierendenwohnheim aufrechterhalten werden (mit Nennung der konkreten Pläne für Wohnraum und Miethöhe durch die künftige Eigentümerin), ob trotz der bekannten Wohnungsnot u. a. in Universitätsstädten wie Erlangen beabsichtigt ist, der Löschung der Grunddienstbarkeit zuzustimmen bzw. diese zu genehmigen (mit Nennung der Konditionen, wie z. B. Höhe der ggf. rückzahlbaren Fördergelder, ursprüngliche und künftige Laufzeit der Förderzweckbindung und bitte auf Willen der Staatsregierung eingehen, Wohnraum in Städten, auch für Studierende, mietgünstig auszubauen)?

- Dr. Helmut Kaltenhauser**  
(FDP) Ich frage die Staatsregierung, worum es bei einem Gespräch mit dem Generalsekretär der CSU Markus Blume in der vergangenen Woche in der Staatskanzlei ging, wer daran teilgenommen hat und welche Rolle dabei das Staatsministerium für Justiz gespielt hat?
- Annette Karl**  
(SPD) Nachdem vor kurzem bekannt geworden ist, dass der Freistaat Bayern eine Impfstoffreserve von über 400 000 Impfdosen von Coronaschutzimpfungen vorhält (Bayern hat laut Robert-Koch-Institut (RKI) Stand 15.03.2021, 9.00 Uhr eine Impfstoffreserve von 414 342 Dosen, geliefert wurden 1 962 735 Dosen, verabreicht bislang 1 548 393), frage ich die Staatsregierung, wie sie die Verteilung dieser Reserve plant, nach welchem Schlüssel generell die Impfdosen verteilt werden und bis wann mit der Verteilung der zusätzlichen Impfdosen für die Grenzlandkreise zu Tschechien zu rechnen ist?
- Paul Knoblach**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nachdem in der Pressemitteilung Nr. 320/20 des Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) eine Erhöhung der Zuschüsse für das Ernährungshandwerk bekannt gegeben wurde, frage ich die Staatsregierung, nach welchen Richtlinien werden diese Zuschüsse für Vermarktungseinrichtungen zur Stärkung des Verarbeitungs- und Vermarktungsprogramms vergeben, inwiefern soll hierbei die Verbesserung des Tierschutzes eingebunden werden und wann ist mit dem Konzept zur Stärkung der bayerischen Landwirtschaft und der fleischverarbeitenden Betriebe (Drs. 18/10276) zu rechnen?
- Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nachdem im Entwurf der Staatsregierung keine Mittel für die weitere Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung nach Ende der laufenden Förderperiode des Europäischen Sozialfonds vorgesehen sind, frage ich die Staatsregierung, wie sie sicherstellen kann, dass das Programm zum neuen Schuljahr nicht ersatzlos ausläuft, mit welchen Haushaltsmitteln sie 2021 die Fortführung der Maßnahme planungssicher ermöglichen kann, wenn der Haushaltsentwurf 2021 ohne zusätzliche Mittel beschlossen wird und was sie bisher unternommen hat, um zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit eine Fortführung zu ermöglichen?
- Natascha Kohnen**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie ist aktuell jeweils der (durchschnittliche) Bruttostundenlohn in den Bereichen Kindertagesbetreuung/-pflege, Kranken- und Altenpflege und wie hat sich dieser jeweils in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte jeweils für jedes Jahr einzeln angeben und nach voll- bzw. teilzeitbeschäftigt und mit/ohne Sonderzahlungen unterscheiden)?
- Sebastian Körber**  
(FDP) Ich frage die Staatsregierung, wann sich Herr Alfred Sauter und Vertreter der Staatsregierung zwischen 2020 bis heute getroffen haben (bitte jeweils konkretes Datum nennen), welchen Inhalt die Gespräche hatten und wer daran teilgenommen hat?

**Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sind die Kosten, die im Zusammenhang mit der Bayerischen Impfkommision insgesamt entstehen (bitte aufschlüsseln nach Sachkosten, Personalkosten, Honorarzahungen), in welcher Höhe erhalten die Mitglieder der Bayerischen Impfkommision Honorare bzw. Entschädigungszahungen für ihre Leistungen und hält sie den Fortbestand der Impfkommision für sinnvoll, angesichts dessen, dass die Staatsregierung die Impfreiheiten vielerorts nicht gewährleistet bzw. eine Aufhebung dieser fordert (z. B. verstärkte Impfung unabhängig von der Impfreiheitenfolge in Grenzregionen, Aussagen des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder zur Aufhebung der Impfreiheitenfolge bei AstraZeneca)?

**Susanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Zur Klärung von Fragen politischen Engagements in Einklang mit Arbeitsverträgen der in Bayern im Mittelbau nach Wissenschaftszeitvertrags-Gesetz befristet angestellten Personen, frage ich die Staatsregierung, wie sie den Satz „mit dem Arbeitsverhältnis zu vereinbarenden Mandats“ i. S. v. § 2 Abs. 5 Nr. 5 Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) i. V. m. Art. 29 Bayerisches Abgeordnetengesetz (BayAbgG) und Art. 2 Abs. 2 BayAbgG auslegt, sind im Hinblick auf diese Auslegung und auf die Vertragsverlängerung auslaufender nach WissZeitVG befristet Verträge von Abgeordneten, die dem Landtag angehören, diese Verträge zu verlängern, wenn nein, wie ist sichergestellt, dass sich auch nach WissZeitVG befristet Beschäftigte um alle politischen Ämter und Mandate bewerben und diese auch annehmen können, ohne ihre für die Zeit der Ausübung des Amtes oder Mandats bezügefrie Anstellung zu verlieren?

**Eva Lettenbauer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Bezüglich der geplanten Errichtung einer Landeskoordinierungsstelle gegen Gewalt frage ich die Staatsregierung, was sind die genauen Kompetenz- und Aufgabenbereiche der neu eingerichteten Landeskoordinierungsstelle gegen Gewalt, inwiefern überschneiden sich Kompetenzen und/oder Aufgaben mit der bereits seit 2019 existierenden landesweiten Koordinierungsstelle gegen sexualisierte und häusliche Gewalt und inwiefern unterscheiden sich die verschiedenen Koordinierungsstellen mit Blick auf ihren zugeordneten Kompetenzen und Aufgaben?

**Christoph Maier**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass am 13. Februar 2021 der Stadtjugendring (SJR) Kaufbeuren eine Demonstration unterstützte, auf der Fahnen der Antifa und der Organisation „Links im Allgäu“ (LiA), welche sich auf ihrer Internetseite selbst als „linksradikal“ bezeichnet, frage ich Staatsregierung, welche staatlichen Fördergelder der SJR Kaufbeuren regelmäßig erhält, wem die Aufsicht über den SJR obliegt und wie sie den Sachverhalt als solchen bewertet?

**Helmut Markwort**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, gegen wie viele Funktionäre/Abgeordnete der CSU und der FREIEN WÄHLER die Staatsanwaltschaft seit 2020 bis zum heutigen Zeitpunkt ermittelt, auf welchem Vorwurf die Ermittlungen jeweils beruhen und wann die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen jeweils begonnen haben?

**Jürgen Mistol**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem laut Antwort zu meiner Anfrage zum Plenum in der 6. Kalenderwoche 2021, Drs. 18/13713, im Bayerischen Wohnungsbauprogramm 2020 mit der Förderung lediglich 273 Wohnplätze für Studierende unterstützt wurden, frage ich die Staatsregierung, aus welchen Gründen im vergangenen Jahr auffällig wenig Wohnplätze (2019: 1 170 Wohnplätze) gefördert wurden, in welchem Umfang in den vergangenen zehn Jahren zusätzlich Bundesmittel für die Förderung von Wohnraum für Studierende eingesetzt wurden und wo vor dem Hintergrund der PM 38/2021 betreffend „Wohnraum für Studierende in Bayern: Bedarf steigt“ die Zuständigkeit für die Schaffung von Studierendenwohnraum liegt?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele bayerischen Ferkelerzeuger-, Ferkelaufzüchter- und Schweinemästerbetriebe haben seit Juli 2020 an der freiwilligen Status-Untersuchung Afrikanische Schweinepest teilgenommen (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und unterteilt in Relation zur Anzahl der Gesamtbetriebe), wie beurteilt sie die nach Aussagen von Fachverbänden zurückhaltende Beteiligung – etwa unter Berücksichtigung des hohen administrativen Aufwands sowie der hohen Kosten im betriebsabhängigen Kostenrahmen von 800 bis 1500 Euro alle vier bzw. sechs Monate – und wie hoch wäre der Finanzbedarf für eine staatliche Förderung bzw. vollumfängliche Kostenübernahme etwa unter Beteiligung der Tierseuchenkasse?

**Alexander Muthmann**  
(FDP)

Nachdem bisher die zusätzlichen Impfdosen für den bayerischen Grenzraum und Hotspots offenbar ohne Schwerpunktsetzungen auf die entsprechenden Landkreise und kreisfreien Städte verteilt wurden, frage ich die Staatsregierung, inwiefern an diesem Vorgehen in der Zukunft Änderungen vorgesehen sind (z. B. durch Schwerpunktlieferungen in Regionen mit besonders hohen Inzidenzen, durch Berücksichtigung der Einwohnerzahl der Kreise und Städte oder ähnliches), bis wann sie damit rechnet, dass die von den 150 000 versprochenen Impfdosen und noch nicht verimpften Dosen tatsächlich spätestens geliefert werden und welche Kreise und kreisfreien Städte von Lieferungen nach dem 16. März 2021 von diesen Lieferungen profitieren sollen (bitte nach Möglichkeit bereits unter Angabe der vorgesehenen Impfdosen je Kreis/Stadt)?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ihr aktueller Zeitplan für die geplante Reform des Bayerischen Hochschulgesetzes aussieht, ob es stimmt, dass die eigentlich für Anfang März geplante Beschlussfassung über den Gesetzesentwurf im Ministerrat verschoben wurde und wenn ja, mit welcher Begründung dies geschah?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit liegt durch den zwischenzeitlich geänderten § 34 Eisenbahnregulierungsgesetz (ERegG), das u. a. Entgeltgrundsätze für Trassenpreise regelt, nach Auffassung der Staatsregierung eine erhebliche Störung der Vertragsgrundlagen bei der Vereinbarung zwischen dem Landkreis Bayreuth und der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH (BEG) zur Höhe der Infrastrukturgebühren auf der Strecke Bayreuth – Weidenberg vom 12./14. Juli 2011 vor, wie soll nach Auffassung der Staatsregierung der Landkreis Bayreuth beim Betreiber der Strecke Deutsche Regionaleisenbahn GmbH (DRE) die Entwicklung und Zulassung von Infrastrukturpreissystemen veranlassen, die auf Basis der ab 12. Juni 2011 durch die BEG bestellten Verkehrsleistungen zu Infrastruktureinnahmen in Höhe von maximal 400 000 Euro pro Jahr führen, nachdem nach dem ERegG streckenbezogene Trassenpreise nicht zulässig sind und welchen Handlungsbedarf sieht die Staatsregierung zur Anpassung der Vereinbarung vom 12./14. Juli 2011?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Informationen liegen der Staatsregierung zu Suiziden bei Kindern und jungen Erwachsenen (bitte differenziert nach Altersgruppen 6 bis 10 Jahren, 11 bis 16 Jahren, 17 bis 25 Jahren und Ü25, Grund und Art des Suizidversuchs) vor, wie hat sich die Zahl der erfolgten Suizide bei Kindern und jungen Erwachsenen in den vergangenen drei Jahren entwickelt (bitte ebenfalls differenziert nach Altersgruppen), und welche regionalen Unterschiede gibt es (bitte ebenfalls differenziert nach Altersgruppen sowie versuchtem und erfolgtem Suizid)?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Obdachlose wurden seit 2014 in Bayern Opfer von Straftaten (bitte nach Jahren, Zahl und Art Straftaten untergliedern), wie erklärt sie die Entwicklung der Straßenkriminalität mit der Opferspezifik „Obdachlosigkeit“, welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, Straßenkriminalität gegen Obdachlose zu bekämpfen?

**Florian Ritter**  
(SPD)

Zu der letzten Woche verkündeten Entscheidung, einzelne Personen und Initiativen aus dem Spektrum der Proteste gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen als „sicherheitsrelevante demokratiefeindliche Bestrebung“ unter Beobachtung des Landesamtes für Verfassungsschutz zu stellen, frage ich die Staatsregierung, wie groß das betroffene Personenpotenzial aktuell ist bzw. geschätzt wird, welche Komponenten (Aussagen, Ideologielemente, Verschwörungsmysthen, Narrative) wesentlich für die Zurechnung zu dieser Bestrebung sind und inwieweit sich die bayerische Konzeption der „sicherheitsrelevanten demokratiefeindlichen Bestrebung“ von den Konzeptionen anderer Bundesländer, die die Protestszene unter Beobachtung gestellt haben oder entsprechende Überlegungen vorgelegt haben, insbesondere Baden-Württemberg und Hamburg, unterscheidet?

**Julika Sandt**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Unternehmen dem Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie in den ersten vier Monaten nach dem Beginn des ersten Lockdowns Angebote zur Beschaffung notwendiger Schutzausrüstung unterbreitet haben und mit welcher Begründung wurde das Angebot von welchen Firmen abgelehnt (bitte auch Beschaffungskontingent angeben)?

**Jan Schiffers**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ab welchem Inzidenzwert sind die Gesundheitsämter gehalten, eine Quarantäne anzuordnen, weshalb werden positiv getestete Menschen, für die aufgrund eines niedrigen Inzidenzwerts keine Quarantäne angeordnet wird und die somit nicht als ansteckend gelten, in den Statistiken als COVID-19-Infizierte geführt und wie hoch ist der Anteil der Getesteten an der Gesamtinfektionsrate, deren Ct-Wert so gering ist, dass keine Quarantäne angeordnet wurde?

**Josef Schmid**  
(CSU)

Vor dem Hintergrund, dass das Aussetzen der Impfungen mit dem Impfstoff des Unternehmens AstraZeneca, das am 15. März 2021 bekannt gegeben wurde, Auswirkungen auf die Impfkampagnen der Kommunen in Bayern hat, tausende Impftermine abgesagt wurden, vor allem die Berufsgruppe der Lehrer und Erzieher davon betroffen sind, durch den Ausfall von AstraZeneca allein in der Landeshauptstadt München mindestens 30 000 Termine für Lehrkräfte ausfallen und weitere Ausfälle anzunehmen sind, die bislang im Allgemeinen instabilen Impfmengen, die nach Bayern gelangen, für schwankende Kontingente und stark abweichende Impfquoten sorgen und die Landeshauptstadt München mit ihrer Impfkampagne dabei immer weiter zurückfällt, frage ich die Staatsregierung, wie viele Impfdosen standen der Landeshauptstadt München vom Impfbeginn bis zum Impfstopp am 15. März 2021 bzw. seit 16. März 2021 zur Verfügung (bitte in diesem Zusammenhang angeben, ob die Landeshauptstadt dabei über alle Phasen ihr Kontingent ausgeschöpft hat oder eventuelle Minderquoten aufgeholt), welche Kennzahl der Geimpften pro 100 000 Einwohner hat die Landeshauptstadt München aktuell im Vergleich zu anderen Großstädten in Bayern (bitte auch Stelle im

Ranking angeben) und welche Kapazitäten umfasste das Impfzentrum München zu Beginn der Kampagne bzw. zum aktuellen Zeitpunkt (bitte in diesem Zusammenhang weitere Pläne zur Kapazitätsausweitung ausführen, auch vor dem Hintergrund des Hinzuziehens der Hausärzte zur Impfkampagne)?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schnelltests hat sie für den Justizvollzug angeschafft bzw. eingeplant, inwiefern werden diese Schnelltests genutzt, um die sich aus den Infektionsschutzmaßnahmen ergebenden Einschränkungen hinsichtlich Besuchsregelungen und Vollzugslockerungen zu lockern und inwiefern sollen Angestellte und Inhaftierte im Justizvollzug prioritär geimpft werden?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur von Ministerpräsident Dr. Markus Söder bereits im Wahlkampf zur Landtagswahl 2018 angekündigten Umsetzung eines Jedermann-365-Euro-Tickets für die großen bayerischen Verkehrsverbünde frage ich die Staatsregierung, wie viele Zuschüsse für die Verbilligung von Tarifen die Verkehrsverbünde der drei großen Metropolregionen München, Nürnberg und Augsburg aktuell vom Freistaat erhalten (bitte einzeln und nach Jahren aufschlüsseln), wie der aktuelle Verhandlungsstand des Freistaates mit den drei genannten Verkehrsverbänden zur Einführung eines Jedermann-365-Euro-Tickets ist und bis wann mit der konkreten, möglicherweise schrittweisen Umsetzung eines solchen Tickets in den drei Verkehrsverbänden zu rechnen ist?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse hat sie über die Aufnahme von entgeltlichen Tätigkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes von ehemaligen Mitgliedern der Staatsregierung innerhalb von drei Jahren nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt (bitte die letzten zehn Jahre berücksichtigen)?

**Stefan Schuster**  
(SPD)

Nachdem es in Bayern nach dem Erlanger Modell seit zwölf Jahren den Islamunterricht an Schulen als Modellversuch gibt, an dem laut eines Artikels des Münchner Merkurs vom 25. Februar 2021 zurzeit insgesamt 364 Schulen und ca. 16 000 Schülerinnen und Schüler teilnehmen und vor dem Hintergrund, dass der bayerische Ministerrat in seinem Beschluss vom 23. Februar 2021 den Islamunterricht dauerhaft als Wahlpflichtfach zulassen möchte, frage ich die Staatsregierung, wie viele und welche Schulen in Bayern sich voraussichtlich beteiligen werden bzw. Bedarf angemeldet haben (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken angeben) und wie viele Lehrkräfte dafür zukünftig benötigt werden?

**Anna Schwamberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrkräfte wurden bis heute in den jeweiligen Landkreisen geimpft (bitte aufgeschlüsselt nach Schularten), wie hoch ist dabei der prozentuale Anteil in Relation zur Gesamtzahl der Lehrkräfte in den jeweiligen Landkreisen und bis wann sollen alle Grund- und Förderschulkräfte ein Impfangebot erhalten haben?

**Gisela Sengl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist der Abriss von denkmalgeschützten Gebäuden in der Wasserschutzzone IIIa genehmigungsbeziehungsweise anzeigepflichtig, unter welchen Bedingungen kann die Abrissgenehmigung von denkmalgeschützten Gebäuden straffrei im Nachhinein erteilt werden und welche Anforderungen gibt es für Statikgutachten beim Denkmalschutz, um Gefälligkeitsgutachten zu vermeiden?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand bei der Erstellung der operationellen Programme bzw. des Strategieplans für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (EFRE, ESF+, ELER), wann plant sie die operationellen Programme bei der EU-Kommission einzureichen und ist eine Befassung bzw. Beschlussfassung des Landtags vor Einreichung der operationellen Programme geplant?

**Christoph Skutella**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, von welchen Firmen (bitte jeweils Firmensitz nennen) sie seit 2020 bis zum heutigen Zeitpunkt Atemschutzmasken zu welchen Preisen und mit welcher Zertifizierung gekauft hat (bitte jeweils Vergabeverfahren, Datum, Menge und jeweiliges Ministerium angeben)?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass die Kommunen mit verbesserten Förderkonditionen bestmöglich beim Ausbau ihrer Ganztageschulen unterstützt werden und im Anschluss an die IZBB-Förderung des Bundes das Sonderförderungsprogramm „FAGplus15“ im Rahmen des Art. 10 Bayerisches Finanzausgleichgesetz aufgelegt wurde, frage ich die Staatsregierung, in welcher Höhe wurden bisher Mittel aus dem Sonderförderprogramm „FAGPlus15“ bewilligt bzw. abgerufen (bitte Aufschlüsselung nach Bezirk, Schulart, Trägerschaft), wann laufen die Fristen zur Einreichung der Anträge auf Zuweisung aus und mit welchen Konzepten gedenkt die Staatsregierung die notwendigen Kapazitäten für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter bis 2025 über das Sonderförderprogramm „FAG-Plus15“ hinaus zu schaffen?

**Dr. Dominik Spitzer**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Vermittler bei den bisher abgeschlossenen Verträgen zur Beschaffung von Atemschutzmasken 2020 und 2021 an das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege herangetreten sind, wann dies jeweils geschah und in wessen Auftrag sie gehandelt haben?

**Diana Stachowitz**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob und inwieweit ist der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst der Auffassung, dass der von der Staatsregierung vorgeschlagene Entwurf für den Staatshaushalt 2020 (auch nach den Änderungsanträgen in den Haushaltsberatungen durch den Landtag) eine auskömmliche Mittelausstattung für den Denkmalschutz und die Denkmalförderung in Bayern darstellt, welche Gespräche (bitte mit konkreter Angabe zum Ergebnis bzw. den Folgen) die Staatsregierung mit den Kommunalen Spitzenverbänden zur Mittelaufstockung für den Entschädigungsfonds geführt hat und welche Konsequenzen der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst aus der ihm vorgelegten Resolution des Bayerischen Landesdenkmalrats vom 24. Juli 2020 „Denkmalpflege als Investitionsfaktor“ zieht bzw. zu ziehen bereit ist?

**Rosi Steinberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, von welchen Herstellern hatte die Staatsregierung im Frühjahr 2020 Angebote für medizinische Masken, welche Firmen bekamen den Zuschlag und welche Voraussetzungen gab es von Seiten der Staatsregierung für den jeweiligen Auftrag?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche neuen Aufgaben kommen im Rahmen der Verdopplung des Messstellennetzes auf die Labore der Wasserwirtschaftsämter zu, inwieweit ist eine Reduzierung der Labore, die derzeit an allen 17 bayrischen Wasserwirtschaftsämtern betrieben werden, geplant und wie viele Kurierfahrten pro Woche und Wasserwirtschaftsamt wäre mit einer Reduzierung auf jeweils ein Großlabor in Süd- und Nordbayern verbunden, damit die Proben rechtzeitig ausgewertet werden können?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt die Staatsregierung die aktuelle Situation, in der Menschen zwar nach Mallorca in den Urlaub fliegen dürfen, während aber Ferien in Bayern nicht möglich sind und Hotellerie und Gastronomie im Freistaat um ihre Existenz bangen, und was unternimmt die Staatsregierung, um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen und die bayerische Hotellerie und Gastronomie über die vom Bund gewährte Überbrückungshilfe hinaus zu unterstützen?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass aus dem Verordnungsentwurf des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege zur Änderung der Bestattungsverordnung (Stand 22. September 2020) hervorgeht, dass fortan die kommunalen Friedhofsträger entscheiden, ob sarglose Bestattungen im Leintuch zulässig sind und es in der Begründung zum neu eingefügten § 30 Abs. 2 Bestattungsverordnung heißt, dass hierfür u. a. die „soziale und gesellschaftliche Zusammensetzung der Gemeinde“ eine Rolle spielt und das „sittliche Empfinden der Allgemeinheit“ gewahrt werden müsse, frage ich die Staatsregierung, welche konkreten „öffentlichen Belange“ können von den Friedhofsträgern gegen eine sarglose Bestattung angeführt werden (mit der Bitte um Auflistung), inwiefern können religiöse Bestattungen im Leintuch nach Auffassung der Staatsregierung insbesondere gegen das „sittliche Empfinden der Allgemeinheit“ verstoßen und weshalb wurde abschließend kein verbindlicher Rechtsanspruch auf eine Bestattung ohne Sarg formuliert?

**Hans Urban**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Forstpflanzen wurden in den Geschäftsjahren 2012 bis 2021 in den bayerischen Staatswäldern gepflanzt (bitte nach Geschäftsjahren und Baumarten aufschlüsseln), wie viele Pflanzen wurden dabei in den eigenen Forstbetrieben gewonnen und wie viele wurden zugekauft (bitte je Geschäftsjahr eigene Erzeugung und Fremdbezug unter Angabe der Bezugsländer gegenüberstellen, dabei Pflanzenzahl je Land angeben)?

**Dr. Sabine Weigand**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen hat eine Untere Denkmalschutzbehörde in den letzten fünf Jahren gegen das Votum der Fachbehörde (Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege) den Abbruch eines Baudenkmals genehmigt, um welche Baudenkmale handelte es sich dabei und wer waren die jeweiligen Eigentümer?

**Margit Wild**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Impfdosen (bitte aufgeschlüsselt nach Hersteller) wurden bislang an die Kommunen in der Oberpfalz verteilt (bitte aufgeschlüsselt nach Landkreisen und kreisfreien Städten – falls möglich auch nach Impfzentren)?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie gedenkt sie kurz- und mittelfristig Widersprüche wie beispielsweise zwischen geschlossener Tourismusbranche im Inland und Reisemöglichkeiten ins Ausland aufzulösen, ist bei Öffnungsszenarien für die Zukunft, sobald es die pandemische Lage zulässt, eine Abstufung zwischen verschiedenen Tourismusformen nach Infektionsgefahr geplant, beispielsweise wenn die dann aktuell gültigen Kontaktbeschränkungen eingehalten werden können (beispielsweise sofern Haushalt plus X gilt: bei Gästeführungen, bei denen ein Haushalt von einer Gästeführerin bzw. -führer begleitet wird) und welche Hilfen wird es im Fall einer weiteren oder erneuten Schließung der Branche für alle Betroffenen aus der Tourismus- und Freizeitwirtschaft, wie etwa Reisebüros, sowie für die Gastronomie geben?